

BürgerInnenbrief **Mitte**

März 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Die Themen: +++ Rückblick auf die Wahl +++ Dialog mit dem Bürgerverein +++ HSH-Nordbank & US-Finanzkrise

Liebe LeserInnen,

Mein Name ist Joachim Bischoff und ich bin für den Wahlkreis 1 Hamburg-Mitte in die neu gewählte Bürgerschaft eingezogen. Mit einem BürgerInnenbrief möchte ich Sie künftig über einige Aspekte des Parlamentsgeschehens und der politischen Auseinandersetzung im Bezirk Mitte sowie des Wahlkreises informieren. In der Regel soll Sie diese Information zweimal im Monat erreichen.

Als gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 1 stehe ich darüber hinaus selbstverständlich gerne für Ihre Anliegen, Kritik und Informationsbedürfnisse zur Verfügung. Die Bürgerschaft hat sich am 12. März konstituiert. Es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis das Abgeordnetenbüro, BürgerInnensprechstunden und andere Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht sind. Ich hoffe, bereits im nächsten Brief mitteilen zu können, wo und zu welchen Zeiten ich für persönliche Gespräche zur Verfügung stehe. Bis dahin nutzen Sie bitte die Telefonnummer unseres Büros im Rathaus: **040/42831-2250** oder **-2445**.

Falls Sie an dem regelmäßigen Bezug dieses BürgerInnenbriefes nicht interessiert sind, finden Sie am Ende einen Hinweis zur Abbestellung. Ansonsten können Sie diesen gerne weiterreichen. Ich freue mich auch darüber, wenn Sie andere Bürgerinnen und Bürger auf diese Informationsquelle aufmerksam machen. Gern nehme ich weitere Interessenten in den Verteiler auf.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Bischoff

Rückblick auf die Wahl

Hamburgische Bürgerschaft

Die Wahlbeteiligung in Hamburg beträgt 63,4% und ist im Vergleich zu 2004 um 5,3 Prozentpunkte gesunken. Rund 783.000 Hamburger machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, etwa 50.000 weniger als 2004.

DIE LINKE wird in Hamburg viertstärkste Partei. Ihr gelingt nach Bremen, Hessen und Niedersachsen in Hamburg der vierte Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. 6,4% der Wähler entschieden sich mit ihrer Landeslistenstimme für die LINKE, in absoluten Zahlen waren dies 50.173 WählerInnen. Die Erfolge konzentrieren sich in Hamburg auf innerstädtische SPD- wie Grünen-Hochburgen. Zu letzteren gehört der Wahlkreis Altona (9,6%), zu ersteren Hamburg-Mitte (9,3%) sowie Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder (8,3%). Vergleichsweise schwerer tat sie sich im Nordosten von Eimsbüttel (Lokstedt-Niendorf-Schnelsen: 4,9%) sowie im Wandsbeker Norden (Alstertal-Walddörfer: 3,4%). Mit einem Ergebnis von unter 5% ist zudem der »Grünen-Wahlkreis« Eppendorf-Winterhude (4,9%) auffällig.

Die SPD gewinnt 3,6 Prozentpunkte hinzu und erreicht 34,1%. Insgesamt 265.515 Wähler entschieden sich für die SPD. Das sind 14.074 mehr als noch vor vier Jahren. Die SPD (39,2%) zieht im Bezirk Mitte an der CDU vorbei (35,8%). Ihre besten Ergebnisse erzielt sie im Wahlkreis Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder (40,0%), in Hamburg Mitte (38,5%), ferner im Südwesten von Eimsbüttel (Stellingen-Eimsbüttel-West: 37,6%).

Die CDU verliert mit 4,6 Prozentpunkten die absolute Mehrheit, verteidigt mit 42,6% der Landeslistenstimmen jedoch den ersten Platz vor der SPD. Gegenüber 2004 erzielt die CDU jedoch 57.986 Stimmen weniger.

Die Grünen/GAL erzielten 9,6% der Landeslistenstimmen. Sie liegen damit deutlich unter ihrem Stimmenniveau von 2004 (-2,7%), bleiben jedoch drittstärkste Kraft. Insgesamt stimmten 74.744 Wahlberechtigte für die Grünen/GAL. Das sind 26.483 Wählerstimmen weniger als bei der letzten Bürgerschaftswahl.

Motive der Wahlentscheidung: Wirtschaft (40%), Gerech-

tigkeit (32%) sowie die Schul- und Bildungspolitik (29%) waren die dominierenden Themen. Die CDU mobilisierte ihre Wähler vor allem mit Wirtschaftsthemen (65%). Die SPD sprach ihre Wähler am stärksten mit Gerechtigkeits- (47%) und Bildungsfragen (41%) an. Noch stärker als beim SPD-Votum stand die Gerechtigkeitsfrage bei der Entscheidung zugunsten der Linkspartei im Vordergrund (69%).

Bezirksversammlung Mitte

Die Fraktion der Linken in der Bezirksversammlung Mitte wird künftig aus sechs Abgeordneten bestehen: Über die Bezirksliste sind Marcus Donath (Billstedt), Christine Detamble-Voss (St. Pauli) und Ronald Wilken (Wilhelmsburg) gewählt. Im Wahlkreis 2 wurde Renate Hercher-Reis (Wil-

helmsburg) über die Wahlkreisliste gewählt. Im Wahlkreis 1 erreichten wir zwei Sitze: Renate Twardzik über die Wahlkreisliste und Sandra Clemens über die Personenstimmen. Wegen Krankheit hat Renate Twardzik auf die Annahme des Mandats verzichtet, Bernhard Stietz-Leipnitz (Wahlkreislistenplatz 2) rückt nach.

Bezirksversammlungswahlen 2008

	HH-Mitte	Wahlkr. 1	Wahlkr. 1 abs.
Wahlbeteiligung	50,3%	52,8%	48.800
CDU	31,6%	29,6%	68.447
SPD	37,2%	34,9%	80.630
GAL	13,2%	17,3%	39.962
DIE LINKE	10,2%	11,0%	25.429

Dialog mit dem Bürgerverein

Politik in St. Georg

Im Heft 2/08 der »Blätter aus St. Georg« hatte der Bürgerverein Politiker und Politikerinnen von CDU, SPD und GAL zu St. Georger Themen befragt. Nach dem Einzug der Partei DIE LINKE in die Hamburgische Bürgerschaft hat er jetzt auch ein Mitglied dieser Partei zu Wort kommen lassen. Die folgenden Fragen beantwortete Joachim Bischoff, Jahrgang 1944, in jungen Jahren Mitglied der SPD, 1990 Gründungsmitglied der PDS-Linke-Liste Hamburg, seit März 2008 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Fraktion DIE LINKE, wohnhaft auf St. Georg seit 1974.

Frage 1: Ist der Hamburger Landesverband LINKE LISTE frei in seinen Entscheidungen oder dem Diktat Ihres Vorsitzenden-duos Lafontaine und Gysi mit ihrem Parteiprogramm »Rettet die Armen und Unterdrückten« unterworfen?

Antwort: Der Hamburger Landesverband DIE.LINKE hat die Herausforderung für einen Politikwechsel ernst genommen und eine eigenständige Politikkonzeption entwickelt. Dazu gehört ein Sofortprogramm und ein Wahlprogramm für Hamburg, in dem die Entwicklung von existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen und die Bekämpfung der sozialen Spaltung einen großen Stellenwert haben. Auf dieser Grundlage versucht der Hamburger Landesverband zudem auf die Programmatik der Bundespartei Einfluss zu nehmen. In der Frage ist unterstellt, dass ein Teil unserer Partei- und Fraktionsführung sich über demokratische Regeln hinwegsetzt. Diese Behauptung mag populär sein, sie wird dadurch nicht richtig.

Frage 2: Was halten Sie von Menschen, die gemeinhin als Wendehälse bezeichnet werden, wie z.B. Lafontaine, der seinen Bekanntheitsgrad allein der SPD verdankt, oder Gysi, dem Wissen um den Verbleib des beträchtlichen SED-Vermögens aus der ehemaligen DDR, Herrn Beck, der es seinen Landesverbänden freistellt oder Ihrem neuen 1. Bürgermeister von Beust, der sowohl seine Macht mit einem Herrn Schill, Kusch oder jetzt der GAL, biblisch gesprochen, für ein Linsengericht erkaufte?

Antwort: Der Begriff Wendehälse wurde populär in der kurzen Zeitphase nach der demokratischen Revolution in der früheren DDR und der feindlichen Übernahme durch die Bundesrepublik Deutschland. Die BürgerInnen nahmen

in dieser demokratischen Entwicklungsetappe jene Zeitgenossen aufs Korn, die sich in den früheren undemokratischen Zeiten bestens arrangiert hatten und plötzlich ihre antistalinistische Grundüberzeugung entdeckten. Wendehälse findet man heute noch in den Parteien CDU und FDP, die ohne inhaltliche Debatten ihre Ost-Pendants und deren Vermögen übernommen hatten.

Die PDS entstand in einem komplizierten Umbruchprozess. Aus der SED mit knapp drei Millionen Parteimitgliedern wurde gleichsam über Nacht eine Partei mit weniger als 100.000 Mitgliedern, die sich zum demokratischen Sozialismus bekannten. Unter ihnen waren sehr viele Menschen – ich kannte einige von ihnen bereits vor der Wende –, die trotz der erlittenen gesellschaftlichen Benachteiligungen und Maßregelungen am Ziel eines demokratischen Sozialismus festhielten.

Das komplette Vermögen der SED ist im Übrigen vom heutigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Papier insgesamt konfisziert und dem Staatshaushalt der Bundesrepublik zugeführt worden – im Unterschied übrigens zum Vermögen der bürgerlichen Blockparteien. Wofür das beschlagnahmte SED-Vermögen genau eingesetzt wurde, ist bis heute umstritten.

Wiederum ist in der Frage unterstellt, dass die Vertreter eines demokratischen Sozialismus wie Gregor Gysi, Hans Modrow, Lothar Bisky u.a. ihre Auffassungen wechseln wie andere BürgerInnen ihre Bekleidung. Man mag diese Zeitgenossen nicht mögen, aber als Wendehälse kann man sie nun wahrlich nicht bezeichnen. Dies trifft nach meiner Überzeugung auch für Oskar Lafontaine zu. Wer der syste-

matischen Deformation einer sozialdemokratischen Partei ausgesetzt ist, kann sich anpassen oder auch um den Preis einer nachhaltigen persönlichen Herabsetzung für eine Veränderung eintreten.

Ob die GAL die systematische Missachtung bürgerrechtlicher Strukturen durch die CDU zurückweisen und in Hamburg eine Etappe der demokratischen Beteiligung einleiten kann, bleibt abzuwarten.

Frage 3: In einigen Programmpunkten ähneln sich die Ziele und Wünsche der Parteien von SPD, GAL und Ihrer Partei, die in der neuen Hamburger Bürgerschaft vertreten sind, sehr, besonders zu Themen wie: Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Hartz IV und die wachsende Armut, Förderung von kostenloser Kinderbetreuung, Ausbildung, Bildung, Studiengebühren, Wissenschaft und Kultur. Ihre Partei ist gegen die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, Landesbetriebe Krankenhäuser und in Bereichen von Gesundheit und Pflege, genau wie die SPD und GAL. Wie wollen Sie da im Rathaus noch abgegrenzte erfolgreiche Opposition machen?

Antwort: Ob die neue Regierung in Hamburg die soziale Spaltung zurückdrängt, die Bildungsbarrieren einreißt und die zentralen Unternehmen wie Landesbetrieb Krankenhäuser, Pflegen & Wohnen und Energie wieder in öffentliche Regie oder Kontrolle zurückholt, bleibt abzuwarten. Ansonsten gilt die Grundorientierung: DIE LINKE will für die BürgerInnen Verbesserungen erreichen, so zum Beispiel ein kostenloses Mittagessen in den Schulen, Kitas und anderen Betreuungseinrichtungen. Und es ist ein Unterschied, ob ein Sozialticket für 40 Euro oder für knapp 16 Euro zu haben ist – letzteres ist der in Hartz IV vorgesehene Ausgabenanteil. Man kann einen Mindestlohn branchenbezogen einführen, mit Stundenlöhnen von weit unter 7,50 Euro oder man kann für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,44 Euro eintreten.

Frage 4: Der Stadtteil St. Georg erstreckt sich von dem in der Marschniederung gelegenen Münzviertel bis zur Vorfahrt von Luxushotels an der Alster und von dem von Fern- und Heimkehrgefühlen geprägten HH-Hauptbahnhof bis zum lebenserhaltenden und vom Leben abschiednehmenden Krankenhaus St. Georg. Im Stadtteil wohnen Menschen vieler Nationalitäten mit unterschiedlichen Neigungen des Zusammenlebens. Was verstehen Sie da unter St. Georger Identität?

Antwort: Ich habe bei Versammlungen während des Wahlkampfes gelernt, dass sich die BewohnerInnen des Münzviertels nicht zum Stadtteil St. Georg rechnen. Dennoch geht es für das Münzviertel wie für St. Georg insgesamt darum, die so genannten Modernisierungsprozesse zu stoppen oder so zu gestalten, dass die Bevölkerungsstruktur erhalten bleibt und nicht durch Mietpreiserhöhungen massiv Ausgrenzungs- und Verdrängungsprozesse fortgesetzt werden.

Frage 5: Denken Sie, dass der vom Polizeipräsidenten Udo Nagel zum Verbrechens-Schwerpunkt erklärte Hansa-Platz, der schönste Platz Hamburgs, mit seiner Videoüberwachung zur

Sicherheit der Bevölkerung St. Georgs beiträgt oder werden die Problemgründe nur verdrängt (Dealer, Prostitution und Alkis) in Nebenstraßen?

Antwort: Der Umgang mit dem Hansa-Platz – sei es durch den Polizeivogt Nagel, sei es durch die hauruckartigen Entscheide der Verwaltung – ist ein Beispiel dafür, wie bürgernahe Politik nicht aussehen sollte.

Frage 6: Der geplante Neubau der Zentrumsmoschee in der Böckmannstraße ist ziemlich umstritten. Wäre die Errichtung der Moschee in Verbindung mit einem Orientcenter ein Beitrag zur Integration von Menschen muslimischen Glaubens? Und würden Sie auch andere muslimische Vereinigungen (Moscheen für Afghanen, Libanesen, Afrikaner, Pakistaner usw.) unterstützen, geeignete Räumlichkeiten in St. Georg zu finden?

Antwort: Der große Bevölkerungsanteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund in Hamburg (es handelt sich um fast 500.000 Menschen) wird künftig große Anstrengungen erfordern, um die kulturelle und religiöse Entfaltung aller Strömungen zu gewährleisten. Meines Erachtens gibt es hierfür keine Patentlösungen oder gar einen Königsweg. Ich vertrete – wie nahezu alle Mitglieder meiner Partei – die Auffassung, dass die BürgerInnenbeteiligung in allen Belangen des Lebens in den Stadtteilen deutlich erhöht werden sollte. Nur im Dialog mit den in den Stadtvierteln arbeitenden und lebenden Menschen können tragfähige Lösungen gefunden werden.

Frage 7: Was verstehen Sie unter dem Namen »Centralpark St. Georg«?

Antwort: Der »Centralpark« ist das Projekt die Fläche östlich des ZOB Richtung Berliner Tor, zwischen Adenauerallee und Besenbinderhof/Kurt-Schumacher-Allee, dem Verkehr zu entziehen und zu einer für die Anwohner nutzbaren Park-/Grünfläche umzugestalten. Die Adenauerallee wird »stillgelegt«. Dieses Projekt ist bei den Stadtteilinitiativen akzeptiert – mehr Grün im Nahbereich ist nie verkehrt und weniger Verkehr auch nicht.

Frage 8: Was müsste geschehen, um die Studierenden der Hochschule am Berliner Tor besser in den Stadtteil einzubinden?

Antwort: Es sollte m.E. keine spezifischen Einbindungsangebote für einzelne Hochschulen oder andere Projekte geben. Die Lage der Auszubildenden und Studierenden in Hamburg ist insgesamt katastrophal. So wie das Projekt der Produktionsschule im Münzviertel Förderung und Unterstützung verdient, um für die vielen Ausgegrenzten eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, so müssen die Verhältnisse für die Studierenden an sich verbessert werden. Dies ist die Grundbedingung dafür, dass auch sie wieder Muße und Interesse an der Entwicklung im Stadtviertel finden.

Frage 9: Sollte die Heinrich-Wolgast-Schule eine Ganztagschule für alle werden?

Antwort: Die Heinrich-Wolgast-Schule hat aus meiner Sicht herausragende Ansätze entwickelt, mit den vielfäl-

tigen Herausforderungen einer multikulturellen Bevölkerung umzugehen. Wiederum lege ich mit meiner Partei Wert darauf, die sozialen Benachteiligungen im Zusammenhang zu sehen. Es kann bei diesen Fragen keine isolierten Lösungen für die Stadtviertel geben.

Frage 10: Was halten Sie von einer Verkehrsberuhigung oder gar von »Shared Space« nicht nur der Langen Reihe, sondern auch von anderen Straßen St. Georgs? Und wo sollte dann der Durchgangsverkehr zum Bahnhof fließen?

Antwort: Die Belastungen der Innenstadtviertel durch den Automobilverkehr sind unstrittig. DIE LINKE ist für Verkehrsberuhigung, d.h. für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, für den Ausbau neuer Strecken, für Entwicklung und den Ausbau des Radwegesystems etc.

Die Einführung einer City-Maut lehnen wir ab und wir sind auch gegen drastische Sperrungen des Durchgangsverkehrs. Auch für diesen Bereich gilt: Es müssten in Anhörungen und Stadtteilbeiräten die Bewohner zu einer aktiven Interessenvertretung ermutigt werden. Denn meine Erfahrung ist: Bei den engagierten und informierten BürgerInnen regiert häufig mehr Vernunft als bei den berühmten einsamen Entscheidungen der Behördenvertreter.

Frage 11: Wie denken Sie, könnten politische Entscheidungen familiengerechtes Wohnen zu annehmbaren Preisen (sozialer Wohnungsbau) auf St. Georg garantieren und an welcher Stelle?

Antwort: DIE LINKE wird überhaupt nichts garantieren können. Wenn wir eine schwarz-grüne Koalition bekommen, werden sich viele BürgerInnen die Augen reiben, weil sie auf die Parole hereingefallen sind, eine Stimmabgabe für DIE LINKE würde eine Verlängerung der CDU-Herrschaft bedeuten. Die LINKE strebt für St. Georg eine soziale Erhaltungssatzung an, die zwar auch nicht der einzige Weg ist,

aber mehr Handlungsmöglichkeiten bietet. Wir wollen die Privatisierungen im Wohnungssektor stoppen und treten für eine Erneuerung des genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus ein. Leider hat DIE LINKE mit dieser Sichtweise nur acht Abgeordnete und ist in dieser Frage eine kleine Minderheit, während ein Großteil der anderen Fraktionen überwiegend anderen Gesichtspunkten folgt.

Frage 12: Als vom Volk gewählter Abgeordneter sind Sie nur Gott und Ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich und nicht den Wählerinnen und Wählern gegenüber. Finden Sie das richtig? Und wie würden Sie das unseren Kindern und Jugendlichen vermitteln?

Antwort: Die Verfassung definiert auch in Hamburg einen Rahmen. Jeder Abgeordnete – ob in einem Wahlkreis oder über die Landesliste gewählt – kann sich in Einwohnerversammlungen, Bürgerbeiräten oder durch intensive Beratungen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Stadtteilinitiativen ein Bild von den Interessenkonstellationen erarbeiten und damit dem Auftrag gerecht werden, für eine spürbare Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse einzutreten. Ich bin vor meiner Wahl in die Bürgerschaft so verfahren und werde dies auch weiterhin so halten.

Ich bedanke mich für die Fairness, gerade zu kritischen Fragen Stellung nehmen zu können. Ich grüße in diesem Sinne die MacherInnen und die LeserInnen der »Blätter aus St. Georg«. Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 1, Hamburg-Mitte, zu dem unser gemeinsamer Stadtteil St. Georg gehört, und damit auch als Ihr Vertreter in der Hamburger Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.

Presseerklärung

Finanzbehörde beschönigt die Verstrickung der HSH-Nordbank in die US-Finanzkrise

»Nach Auffassung der Finanzbehörde Hamburg bildet die positive Markteinschätzung des Geschäftsmodells der Bank nach wie vor eine sehr gute Basis für den geplanten Börsengang, der allerdings in der aktuellen Situation des Kapitalmarkts verschoben werde. (...) Die HSH Nordbank habe ihre operativen Stärken erfolgreich dazu eingesetzt, den Risiken aus der aktuellen Krise der Finanzmärkte effektiv zu begegnen - und mit 250 Mio. Euro nach HGB einen deutlichen Jahresüberschuss erzielt.«

Zu dieser Stellungnahme der Finanzbehörde erklärt der finanz- und haushaltspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Joachim Bischoff:

»Es ist grotesk, wie die Finanzbehörde die spekulativen

Geschäftsgebaren der HSH-Nordbank zu Lasten der Hamburger SteuerzahlerInnen schönredet.«

Es geht aber nicht nur um die Haftung der Hansestadt für die unseriösen Finanzgeschäfte der HSH-Bank. Die Eigentumsanteile stecken bekanntlich in einen Hamburger Pensionsfonds. Der CDU-Senat hat in seinem Privatisierungswahn städtisches Tafelsilber verscherbelt. So wurden allein im Jahr 2006 Immobilien im Wert von 1 Mrd. Euro veräußert, die in der offiziellen Haushaltsrechnung gar nicht auftauchen, sondern in einem Sondervermögen verschwunden sind. Der Senat hat diese Mittel zum einen verwendet zur Finanzierung seiner teuren Prestigeobjekte. Zum anderen sind sie in die »allgemeine Rücklage« geflossen

und parken jetzt z.B. im Hamburgischen Versorgungsfonds (HVF). In diesen Versorgungsfonds wurden die Grundstücke des LBK Immobilien und Anteile der Stadt an der HSH Nordbank eingebracht - zusammen 1,05 Mrd. Euro. Es würde nicht verwundern, wenn nicht nur auf die Anteile der HSH-Bank Abschreibungen vorgenommen werden müssen,

sondern auch dieser HVF selbst in windige Hypothekengeschäfte verwickelt war.

Es ist mit Sicherheit noch nicht das Ende der Geschichte. Wir werden sehen, ob die angestrebte schwarz-grüne Koalition den politischen Mut, die faktischen Risiken aufzudecken.

Joachim Bischoff

Die US-Finanzmarktkrise in Hamburg

Die HSH Nordbank wird nicht zulasten der Hamburger Steuerzahler saniert werden müssen. Dies ist die Behauptung des noch amtierenden CDU-Senats. Der Ausflug in das Geschäft mit unsicheren US-Privathypotheken hat die Banken weltweit in die Schieflage gebracht und bei deutschen Banken wie etwa der IKB Finanzspritzen aus Steuergeldern in Milliardenhöhe notwendig gemacht. In Hamburg soll die Krise weitaus glimpflicher ausfallen als bei den anderen Landesbanken, die teils mühsam vor einem Konkurs bewahrt werden konnten. Immerhin: Die HSH Nordbank verschiebt wegen der Finanzkrise ihren für 2008 geplanten Börsengang auf unbestimmte Zeit.

Die Eigentümer der HSH planen schon seit längerem, das Eigenkapital der Bank zu stärken. Hamburg, Schleswig-Holstein und die Sparkassen des nördlichsten Bundeslandes hatten sich darauf verständigt, stille Einlagen von 685 Millionen Euro zu wandeln. Die HSH Nordbank hat mit Flowers als erste und bislang einzige öffentlich-rechtliche Bank einen privaten Anteilseigner. Er hatte vor zwei Jahren den 27%igen HSH-Anteil von der WestLB übernommen. Hamburg hält 35%, Schleswig-Holstein 20% und der dortige Sparkassen- und Giroverband 18%.

Die Nordbank hat fast 30 Mrd. Euro in mit Forderungen unterlegte Wertpapiere investiert. Auf diesen Bestand wurden jetzt Abschreibungen von 1,1 Mrd. Euro vorgenommen. Die Abschreibungen aus dem Kreditgeschäft in US-Privatimmobilien und auf solche Investments, die sich als Folge der Finanzkrise verschlechtert haben, bezifferte Vorstandschef Berger mit rund 1,1 Milliarden Euro: 563 Millionen Euro entfallen auf Risiken aus den Ramsch-Hypotheken. Davon betreffen 202 Millionen Euro ein Paket, das von der Schweizer Großbank UBS verwaltet wird. Die HSH hat die UBS in New York auf Schadenersatz verklagt, die Schweizer konterten mit einer Gegenklage in London. Die realisierten Verluste lägen nach derzeitigem Stand deutlich unter 200 Millionen Euro - und man könne sich vorstellen,

auch davon noch etwas wiederzusehen. Dies ist schon eine merkwürdige Sicht. Die Kapitaleigner werden von den abgeschriebenen Werten höchstwahrscheinlich nichts mehr sehen; außerdem dürften zum Jahresende 2008 weitere Abschreibungen fällig sein.

Man darf sich nicht Sand in die Augen streuen lassen: Die Nordbank wie die anderen Landesbanken und der Großteil der privatkapitalistischen Bankinstitute haben in den spekulativen Operationen auf den Kreditmärkten erhebliche Summen verzockt.

Es geht aber nicht nur um die Haftung der Hansestadt für die unseriösen Finanzgeschäfte der HSH-Bank. Die Eigentumsanteile stecken bekanntlich in einem Hamburger Pensionsfonds. Der CDU-Senat hat in seinem Privatisierungswahn städtisches Tafelsilber verscherbelt. So wurden allein im Jahr 2006 Immobilien im Wert von einer Milliarde Euro veräußert, die in der offiziellen Haushaltsrechnung gar nicht auftauchen, sondern in einem Sondervermögen verschwunden sind. Der Senat hat diese Mittel zum einen verwendet zur Finanzierung seiner teuren Prestigeobjekte. Zum anderen sind sie in die »allgemeine Rücklage« geflossen, und parken jetzt z.B. im Hamburgischen Versorgungsfonds (HVF). In diesen Versorgungsfonds wurden die Grundstücke des LBK Immobilien und Anteile der Stadt an der HSH Nordbank eingebracht - zusammen 1,05 Mrd. Euro. Außerdem erhielt der Fonds in 2006 aus der Haushaltskasse Gelder in Höhe von 324,5 Mio. Euro.

Die HSH-Bank gilt als weltweit größter Schiffsfinanzierer und gehört darüber hinaus zu den führenden Hypothekensbanken bei Flugzeugen und Anlagen für regenerative Energien. Bemerkenswert sind die Relationen: Die Nordbank hat im vergangenen Jahr rund 40 Mrd. Euro im Kreditneugeschäft vergeben und peilt für 2008 die Marke von 45 Mrd. Euro an. Zugleich ist sie mit 30 Mrd. Euro im US-Hypothekengeschäft involviert.

Wenn Sie außer diesem Bürgerbrief auch den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion.hamburg.de.